



Höchster Kreisblatt

11.9.1986

Auch Flüchtlinge verweigern jetzt das Essen



Schwalbach (EP). – Ein großer Teil der Flüchtlinge im Schwalbacher Sammellager (HGU) hat gestern kein Mittagessen abgeholt. Anders als sonst üblich bildete sich ab 12.30 Uhr keine große Schlange vor dem Ausgabeschalter.

Diese Essensverweigerung deutet auf ein Zeichen der Solidarität mit dem Hungerfasten von Pfarrer Leuninger hin. Einige Asylbewerber auf die Verweigerung des Essens hin befragt: „Wenn der Father fastet, fasten wir auch.“

Leuninger, der niemanden zu einem solchen Schritt aufgefordert hatte, sieht sich auch damit in seiner Aktion neu bestätigt. Für ihn eindrucksvoll ist immer wieder geäußerte Dankbarkeit vieler Flüchtlinge für seine Initiative zum Abbau der Zelte.

Überwältigend findet er auch die Unterstützung aus der Bevölkerung. So besuchten ihn in den letzten beiden Tagen mehr als 120 Menschen aus allen Gesellschaftsschichten in seinem Zelt, um ihre Solidarität zu bekunden.

Solidarität mit Leuningers Protest gegen die Zelte hat gestern auch der SPD-Unterbezirk in einem Brief an Minister Clauss bekundet. Die Main-Taunus-SPD wehrt sich gegen die unhaltbaren Zustände in der HGU Schwalbach.

„Es ist vollkommen unverständlich, daß es in einem wohlhabenden Land wie der Bundesrepublik nicht möglich sein soll, Asylbewerbern menschenwürdige Unterkünfte zu



bieten“ schreibt die Unterbezirksvorsitzende Ruth Zeitler an ihren Parteifreund im Sozialministerium und fährt fort: „Muß denn erst ein Asylpfarrer in Hungerstreik treten, um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit heraufzubeschwören?“ Die Sozialdemokraten haben alle zuständigen Stellen aufgefordert, umgehend die Voraussetzungen für eine Unterbringung der Asylbewerber in festen Gebäuden zu schaffen. Dazu gehöre auch die Erweiterung der Kapazität der hessischen Gemeinschaftsunterkunft von derzeit 350 auf die ursprünglich vorhandenen 500 Plätze.

Es sei ein unhaltbarer Zustand, daß Räume für Verwaltungszwecke blockiert würden, während 150 Flüchtlinge in Zelten untergebracht sind. Für die blockierten Räume sei zumindest entsprechender Ersatz durch die Errichtung neuer Gebäude zu schaffen. Flüchtlinge in Sammellager einzugliedern (und damit „auszugliedern“) sei ohnehin die schlechteste Möglichkeit in einem reichen Industrieland.
